

Gesetz über die Kriegsteuerungszulagen an die Lehrerschaft = Loi sur les allocations de renchérissement au corps enseignant

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Korrespondenzblatt des Bernischen Lehrervereins = Bulletin de la
Société des instituteurs bernois**

Band (Jahr): **20 (1918-1919)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-243362>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

treten. Dieser Grundsatz ist Sieger geblieben; an den Zahlen ist während den Verhandlungen wenig gemarktet worden. Und das ist hoch erfreulich.

Das neue Besoldungsreglement wird schritt-machend sein für den ganzen Kanton. Zunächst werden die grössern Ortschaften ihre Besoldungs-reglemente dem bernischen anpassen müssen; die Landgemeinden werden folgen. (Siehe Steffis-burg.)

Die durch diese unbedingt notwendig gewordenen Besoldungserhöhungen verursachten Lasten sind allerdings geeignet, die Gemeindefinanzen aufs äusserste anzuspannen; viele Gemeinwesen werden überhaupt nicht mehr imstande sein, den Anforderungen der Zeit zu entsprechen. So wird denn der grosse Ausgleich, die Uebernahme der Barbesoldung durch den Staat, zur dringenden Notwendigkeit werden.

Die stadtbernischen Lehrer und Lehrerinnen, die an der Spitze dieser Besoldungsbewegung standen, haben sich den Dank nicht nur der städtischen, sondern auch der ganzen kantonalen Lehrerschaft verdient. Wir können da nicht alle die Namen nennen, wir erwähnen nur die, die in den vordersten Reihen standen. Es sind dies die Herren: A. Schläfli, Präsident der Sektion Bern-Stadt; Fritz Born, Sekundarlehrer; E. Reinhard, Sekundarlehrer; Dr. E. Schwarz, Gymnasiallehrer; E. Zimmermann, Handelslehrer.

Gesetz über die Kriegsteuerzuschläge an die Lehrerschaft.

(Zweite Lesung: 9. Oktober 1918.
Auszug aus den Verhandlungen.)

Regierungsrat *Lohner*: Kommission und Regierung stellen neue Anträge, die den Wünschen der Lehrerschaft entsprechen, wie sie in der Eingabe vom 7. September 1918 formuliert wurden. Die Ansätze für Ledige und Verheiratete sind um Fr. 500 erhöht; die Kinderzuschläge von Fr. 100 auf 150. Daraus resultiert eine weitere Belastung der Gemeinden; daher wurde als Ausgleich der ausserordentliche Staatsbeitrag an schwerbelastete Gemeinden auf Fr. 250,000 erhöht. Kommission und Regierung haben einstimmig den Wünschen der Lehrerschaft, soweit sie Zahlen betrafen, entsprochen. Zu Art. 1 stellte die Lehrerschaft das Postulat auf, es sollte der Grosse Rat auch über den Rahmen des Gesetzes hinausgehen können, wenn es die Teuerung erfordert. In der Sitzung der Kommission, der der Lehrerssekretär zum Teil beiwohnte, wurde dann diese Forderung fallen gelassen. Ich halte dies für richtig im Interesse

seignant de la ville de Berne est parti du principe sensé de réclamer des traitements équitables, de ne pas mentionner de chiffres fantaisistes, mais, en revanche, de défendre très énergiquement ce qui a été reconnu comme équitable. Ce principe fondamental est resté victorieux; pendant les délibérations, les chiffres n'ont pas subi de longs marchandages. Et cela est fort réjouissant.

Le nouveau règlement sur les traitements marquera le pas pour tout le canton. Les localités les plus importantes seront tout d'abord tenues de modeler leur règlement sur celui de Berne, et les communes rurales emboîteront ensuite le pas. Il va sans dire que les charges résultant de ces augmentations de traitement devenues urgentes obéreront considérablement les finances des communes; il y aura même des administrations communales qui ne seront plus à même de faire face aux exigences des temps. Aussi l'Etat sera-t-il contraint de prendre, par compensation, le traitement en espèces à sa charge.

Les maîtres et maîtresses qui ont été à la tête de cette campagne en faveur des traitements ont mérité non seulement de la reconnaissance du corps enseignant de la ville fédérale, mais aussi de la gratitude du corps enseignant de tout le canton. Nous ne pouvons pas tous les nommer ici; nous nous bornerons à ne mentionner que ceux qui ont été à l'avant-garde; ce sont: MM. A. Schläfli, président de la section de Berne-Ville, Fritz Born, maître secondaire, E. Reinhard, maître secondaire, Dr. E. Schwarz, professeur au gymnase, E. Zimmermann, professeur à l'Ecole de commerce.

Loi sur les allocations de renchérissement au corps enseignant.

(Seconde lecture: 9 octobre 1918.
Extrait des délibérations.)

M. *Lohner*, conseiller d'Etat: La commission et le gouvernement font de nouvelles propositions répondant aux vœux du corps enseignant dans le sens de la requête du 7 septembre 1918. Les normes pour célibataires et mariés sont haussées de fr. 500; les allocations pour enfants passent de fr. 100 à fr. 150. Il en résulte une aggravation des charges communales; aussi a-t-on, en compensation, porté la contribution extraordinaire de l'Etat, à l'intention des communes fortement obérées, à la somme de fr. 250,000. Commission et gouvernement ont répondu à l'unanimité aux desiderata du corps enseignant, du moins en ce qui concerne les chiffres. Pour l'article 1^{er}, le corps enseignant a proposé que le Grand Conseil ait le droit d'outrepasser les limites prévues par la loi au cas où le renchérissement l'exigerait. A la séance de la commission, à laquelle le secrétaire central du B. L. V. a assisté un certain temps, cette revendication

der Annahme des Gesetzes durch das Volk. Jeder, der die Sache nüchternen Blickes anschaut, muss sich sagen: *« Wenn man zu weit geht, so gibt es Widerstände im Referendum. »* Redner empfiehlt Eintreten auf die Vorlage.

Jenny, Präsident der Kommission: Es stellte sich heraus, dass die Ansätze vom 8. Juli ungenügend waren. Die Verhältnisse haben sich verschlimmert; die Teuerung hat sich verstärkt. Wir waren daher gehalten, die Zulagen zu erhöhen. Der B. L. V. hat in wohl motivierter Eingabe seine Wünsche dargelegt; die Kommission ist nach gründlicher Prüfung der Sachlage zum Schlusse gekommen, dass die Zulagen erhöht werden müssen, und zwar hat sie sich den Anträgen der Lehrerschaft angeschlossen. Man hat die nachträgliche Zulage einheitlich auf Fr. 500 festgesetzt und sie nicht nach dem Zivilstand abgestuft. Die Teuerung lastet heute auch sehr schwer auf dem Ledigen; die Preise in den Kostgebereien sind ganz gewaltig gestiegen. Die neue Vorlage erfordert gegenüber der ersten eine Mehrausgabe von rund Fr. 1,070,000; die Belastung des Staates beträgt nun circa $2\frac{1}{2}$ Millionen. Fast die gleiche Summe haben die Gemeinden zu tragen. Sie müssen sich jedoch damit abfinden, denn diese Opfer sind eine Pflicht gegenüber der Lehrerschaft in dieser schweren Zeit. Das Beitragsverhältnis zwischen Staat und Gemeinden soll aber kein Präjudiz für das künftige Lehrerbesoldungsgesetz bedeuten. Da wollen wir schon heute die Erklärung geben: Bei dem neuen Lehrerbesoldungsgesetz muss eine neue Grundlage gesucht werden. Das neue Besoldungsgesetz wird dem Staate die verhältnismässig höhere Last bringen.

Strahm (Cormoret): Die neuen Ansätze haben, wie man hört, in dem Rate da und dort Erstaunen hervorgerufen. In der ersten Lesung ist nach langen Verhandlungen der Grundsatz der Gleichberechtigung der Lehrerschaft mit den Beamten und Angestellten des Staates anerkannt worden. Seither ist das Leben teurer geworden. Das eidgenössische Personal erhielt Nachteuerungszulagen; die Regierung des Kantons Bern hat für ihr Personal ebenfalls neue Vorschläge bereit. Die Lehrerschaft verlangte Gleichstellung! Heute kann ein junger Mann mit Fr. 2000 nicht mehr auskommen. Für diesen Lohn erhält man keinen gelernten Arbeiter, nicht einmal einen Handlanger! *Die neue Vorlage ist ein Akt der Genugtuung, der Gerechtigkeit, der Billigkeit.* Ich richte einen warmen Appell an die Mitglieder des Grossen Rates, für die Vorlage mit *Ja* zu stimmen.

Ohne Gegenantrag wird Eintreten beschlossen.

Art. 1

wird ohne weitere Diskussion angenommen.

Art. 2.

Regierungsrat *Lohner*: Art. 2 ist von der Lehrerschaft mit Recht *als der Schicksalsartikel des ganzen Gesetzes* bezeichnet worden. Dass die neuen Ansätze berechtigt sind, ist von verschiedenen Mitgliedern der Kommission dargetan worden. Die verwitweten und geschiedenen Lehrerinnen werden nun ihren Kollegen mit gleichem Zivilstand gleichgestellt. Die neuen Ansätze erfordern grosse Summen, aber mit Millionen imponiert man heute keinem Menschen mehr.

Jenny erläuterte kurz die neuen Ansätze und empfiehlt sie zur Annahme.

Hurni, Bern: Ich hörte auf der Rathaustrasse ein Gespräch zweier Ratsherren. Der eine sagte: *« Man kann gewiss nichts gegen das Gesetz haben; die Teuerung ist da, aber »grüßliche« Zahlen sind es doch. »* Diese *«grüßlichen»* Zahlen will ich beleuchten. Letzthin starb alt Schulinspektor Wyss in Burgdorf. Dieser begann

fut ensuite abandonnée. Je trouve qu'en faisant cela, on a agi dans l'intérêt de l'acceptation de la loi par le peuple. Tout individu qui examinera la question sans parti pris conviendra que, *« si l'on allait trop loin, il en résulterait de l'opposition au referendum »*. L'orateur recommande l'entrée en discussion du projet.

M. *Jenny*, président de la commission: Il a été constaté que les normes du 8 juillet étaient insuffisantes. Les circonstances ont empiré; le renchérissement s'est accru. Nous avons donc été tenus de hausser les allocations. Le B. L. V. a présenté ses vœux dans une requête dûment motivée; après un examen approfondi de l'état de choses, la commission a conclu que les allocations seraient augmentées et a, en effet, adhéré aux propositions du corps enseignant. On a fixé l'allocation supplémentaire, d'une manière uniforme, à fr. 500, sans tenir compte de la position sociale. Le renchérissement pèse aussi maintenant durement sur les célibataires: les prix de pension ont subi une hausse extraordinaire. Le nouveau projet nécessite, par rapport au premier, un surplus de dépenses d'environ fr. 1,070,000; la charge de l'Etat comporte donc près de $2\frac{1}{2}$ millions. Les communes ont à supporter quasi la même somme, et il faut bien qu'elles en prennent leur parti, car ces sacrifices sont un devoir envers le corps enseignant pendant les temps critiques que nous traversons.

Mais il ne faut pas que le rapport des contributions entre l'Etat et les communes porte préjudice à la nouvelle loi sur le traitement des instituteurs. Aujourd'hui déjà, nous tenons à déclarer que, pour cette nouvelle loi, il faut qu'une base nouvelle soit cherchée. La nouvelle loi sur les traitements occasionnera à l'Etat une charge relativement plus forte.

M. *Strahm* (Cormoret): Les nouvelles normes ont provoqué, dit-on, çà et là de l'étonnement au sein du Conseil. La première lecture a vu, après de longues délibérations, adopter le principe fondamental suivant lequel le corps enseignant serait placé sur le pied d'égalité avec les fonctionnaires et employés de l'Etat. Depuis lors, la vie a renchéri. Le personnel au service de la Confédération a obtenu des allocations supplémentaires de renchérissement; le gouvernement du canton de Berne a également préparé de nouvelles propositions pour son personnel. Le corps enseignant a exigé qu'on le traitât avec la même mesure. Aujourd'hui, un jeune homme ne peut plus se tirer d'affaire avec fr. 2000. A ce prix, on ne peut plus obtenir d'ouvrier habile, ni même un manœuvre! *Le nouveau projet est un acte de réparation, de justice et d'équité.* J'adresse un chaleureux appel aux membres du Grand Conseil et les invite à approuver le projet.

L'entrée en matière est votée sans contre-proposition.

Article 1^{er}.

Il est accepté sans plus ample discussion.

Article 2.

M. *Lohner*, conseiller d'Etat: C'est avec raison que l'article 2 a été désigné par le corps enseignant comme étant *la pierre d'achoppement de toute la loi*. Plusieurs membres de la commission ont démontré le bien-fondé des nouvelles normes. Les institutrices veuves et divorcées seront donc traitées comme leurs collègues de même état civil. Ces normes nécessiteront de grandes sommes, mais, à l'heure actuelle, les millions n'en imposent plus à personne.

M. *Jenny* donne un bref aperçu sur les nouveaux chiffres et les recommande à l'acceptation.

M. *Hurni* (Berne): J'ai entendu, sur l'escalier de l'Hôtel-de-ville, la conversation de deux conseillers. L'un

seine Lehrerlaufbahn im Dorfe Wyssachen. Er bezog dort die «fürstliche» Besoldung von Fr. 500. Für Kost und Logis bezahlte er aber nur Fr. 3 per Woche. Heute bekommt man dort Kost und Logis kaum mehr für Fr. 3 im Tage. Die Besoldung sollte also das siebenfache oder Fr. 3500 betragen, um mit der «fürstlichen» Besoldung vor 60 Jahren im Gleichgewicht zu sein. Der junge Lehrer bezieht aber bloss Fr. 1975 plus Fr. 1000 Teuerungszulage; er kann also knapp durchkommen, aber keine Ersparnisse machen.

Früher kostete ein kg Kirschen 10 Rp., heute 90 Rp., ein Ei 5 Rp., heute 40 Rp. Alle Artikel wurden nach und nach teurer. Zuerst verzichtete man auf das Fleisch, dann auf die Eier, man behalf sich mit Milch und Milchprodukten, Teigwaren, Kartoffeln. Heute ist dies alles rationiert. *Man muss also die teuren Artikel kaufen: das ist der Grund, warum in diesem Jahre nicht nur Teuerungszulagen, sondern auch Nachteuerungszulagen bewilligt werden müssen.*

Man hat auch die Tatsache ausgespielt, dass es vielen Leuten noch schlimmer geht als den Beamten und Lehrern. Zugegeben, aber diesen Leuten ist mit dem Ausspielen nicht geholfen! Im Gegenteil, wir müssen auch ihnen helfen. (Beifall.)

Art. 2 wird angenommen, ebenso Art. 3.

Art. 4.

Regierungsrat *Lohner*: Hier haben wir ein kleines Ventil geöffnet zu Gunsten der Lehrerschaft. Angesichts seiner grossen Leistungen muss der Staat seine seit 1. Januar 1916 gewährten Besoldungserhöhungen den Teuerungszulagen gleichsetzen und anrechnen. Es gibt nun aber Fälle, in denen die Gemeinden weiter gehen wollen. Da will der Staat keinen Zügel anlegen. Deshalb der Zusatz: «Den Gemeinden steht es frei, auf diese Anrechnung, soweit es ihren Anteil betrifft, ganz oder teilweise zu verzichten.»

Schenk, Muri: Der Art. 4 ist nicht so klar wie er sein sollte. Angenommen, ein Lehrer hat Anrecht auf Fr. 1300 Teuerungszulage. Die Gemeinde hat ihm schon Fr. 800 bewilligt; trägt dann der Staat nur noch Fr. 500 oder übernimmt er seine vollen 50% mit Fr. 650?

Regierungsrat *Lohner*: Hat die Gemeinde Fr. 800 bewilligt, so kann sie gemäss Art. 5 nicht zurückgehen; der Staat aber übernimmt in allen Fällen seine 50% im Beispiele des Herrn *Schenk* also Fr. 650. Der Lehrer erhält dann Fr. 1450. Das ist auch kein Unglück und die Lehrer, die nicht so viel bekommen, werden das Mehr von Fr. 150 ihrem Kollegen wohl gönnen. (Verständnisinniges, aber zweifelndes Lächeln unter den Lehrern auf der Tribüne. D. B.)

Art. 4 wird in der Fassung des Entwurfes angenommen, ebenso Art. 5, 6 und 7.

Art. 8.

Regierungsrat *Lohner*: Der Art. 8 (ausserordentlicher Staatsbeitrag an schwerbelastete Gemeinden) ist für die Ausführung des Gesetzes von grösster Bedeutung. Wer über die Leistungen der Gemeinden erschrickt, soll Art. 8 anschauen. Er ermöglicht den schwächeren Gemeinden die Tragung der Lasten. Die nötigen statistischen Erhebungen sind im Gange. Alle, die über das Gesetz zu referieren haben, sollen den Artikel ganz besonders hervorheben.

Jenny: Art. 8 erleichtert den Gemeinden ihre Aufgabe. Er ist referendumpolitisch von grösster Bedeutung.

Leuenberger, Bern: Ich beantrage zu setzen «wenigstens» Fr. 250,000. Noch wissen wir nicht, welcher Betrag genau benötigt wird. Diese oder jene Gemeinde könnte

disait: «Vraiment, l'on ne saurait rien dire contre la loi; le renchérissement est là, mais les chiffres n'en sont pas moins *effrayants*». Je tiens à éclairer quelque peu ces chiffres «*effrayants*». Dernièrement est décédé à Berthoud M. Wyss, ancien inspecteur d'école. C'est dans le village de Wyssachen que débuta sa carrière d'instituteur. Il y touchait un traitement «*princier*» de fr. 500, mais ne payait pour chambre et pension que fr. 3 par semaine. Aujourd'hui, il est presque impossible d'être logé et nourri à raison de fr. 3 par jour. Le salaire devrait donc comporter une somme sept fois plus grande, soit fr. 3500, pour compenser le traitement «*princier*» d'il y a 60 ans. Mais le jeune instituteur de l'endroit ne reçoit que fr. 1975, plus une allocation de renchérissement de fr. 1000; il peut donc juste à point nouer les deux bouts, mais il lui est impossible de réaliser des économies.

Autrefois, un kg de cerises coûtait 10 ct., aujourd'hui 90 ct.; un œuf 5 ct., maintenant 40 ct. Peu à peu, tous les articles ont renchéri. D'abord, on renonça à la viande, puis aux œufs; on se rabattait sur le lait, les produits laitiers, les pâtes et les pommes de terre. A cette heure, tout est rationné. *Tout le monde est donc contraint d'acquérir les articles chers: voilà la raison pour laquelle il faut que nous accordions cette année, non seulement des allocations de renchérissement, mais encore des allocations supplémentaires pour la vie chère.*

On a aussi prétendu que nombreuses sont les personnes encore plus mal rétribuées que les fonctionnaires et les instituteurs. D'accord, mais nous n'avons que faire de cette prétention! Et ces personnes-là doivent être, au contraire, également secourues. (Applaudissements.)

L'article 2 est approuvé; il en est de même de l'article 3.

Article 4.

M. *Lohner*, conseiller d'Etat: Ici, nous avons introduit une petite soupape de sûreté en faveur du corps enseignant. Etant données ses fortes charges, l'Etat est forcé de considérer les augmentations de traitement accordées depuis le 1^{er} janvier 1916 comme équivalentes aux allocations de renchérissement et comme en tenant lieu. Cependant, il existe des cas où les communes entendent montrer une plus grande générosité, mais l'Etat est bien déterminé à ne mettre aucun frein à ces velléités, d'où la proposition additionnelle: «libre aux communes de renoncer totalement ou partiellement à cette mise en compte pour autant que cela les concerne.»

M. *Schenk* (Muri): L'article 4 n'est pas aussi clair qu'il devrait l'être. Admettons qu'un instituteur ait droit à fr. 1300 d'allocations pour la vie chère. La commune lui a déjà accordé fr. 800. L'Etat aura-t-il à ne verser que fr. 500, ou bien prendra-t-il à sa charge le 50% complet, soit fr. 650?

M. *Lohner*, conseiller d'Etat: Si la commune a accordé fr. 800, elle ne peut, d'après l'article 5, revenir sur sa décision; mais l'Etat prend dans tous les cas à sa charge le 50%, soit fr. 650 dans le cas de l'exemple de M. *Schenk*. L'instituteur obtiendra alors fr. 1450, ce qui n'est pas un malheur; d'autre part, les instituteurs qui ne recevront pas autant n'en voudront pas à leur collègue de l'aubaine de fr. 150 réalisée par lui. (Sourire plein d'intelligence et de doute parmi les instituteurs sur la tribune. Le rapporteur.)

L'article 4 est accepté dans la teneur du projet; il en est de même des articles 5, 6 et 7.

Article 8.

M. *Lohner*, conseiller d'Etat: L'article 8 (contribution extraordinaire de l'Etat aux communes fortement obérées)

zu kurz kommen. Mein Antrag bringt ein Sicherheitsventil.

Seiler, Bönigen: Ich beantrage Ablehnung des Antrages Leuenberger. Die Kommission hat den Artikel auch behandelt. Aus referendumpolitischen Gründen müssen wir von weiterem absehen. Wir dürfen den Bogen nicht zu straff spannen.

König, Madiswil: Ich beantrage Annahme des Antrages Leuenberger. Die Summe von Fr. 250,000 ist respektabel; ob sie aber genügt? Die Belastung der Gemeinden in der Kriegszeit ist schwer; vermehrte Einnahmen haben sie nicht. Sie müssen also den Steuerfuss erhöhen. 1908 waren z. B. im Amt Signau zwei Gemeinden mit einem Steuerfuss von über 5‰, heute sind es 8; im Amt Fraubrunnen 1908: 0, heute 13; im Amt Aarwangen 1908: 4, heute 14 etc. Eine ganze Reihe von Gemeinden hat über 7‰! Es ist unbedingt notwendig, dass der Staat eingreift, damit die Leistungsfähigkeit der Gemeinden nicht gehemmt werde.

Regierungsrat *Lohner*: Ich beantrage Ablehnung des Antrages Leuenberger-König. Der Artikel ist nun schon zweimal geändert worden; auf diesem «Seigel» sollten wir stehen bleiben. Ein Steuerfuss von 7‰ lastet schwer, namentlich auf den Festbesoldeten. Doch ist der Steuerfuss nicht der alleinige Wertmesser der Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Fr. 250,000 sind eine genügend weitgehende Entlastung.

Art. 8 und die übrigen Artikel werden in der Fassung des Entwurfes angenommen. Auf eine Anfrage von Grossrat Scheidegger erklärt Regierungsrat Lohner, dass der Staat bei Besoldungserhöhungen der Mittellehrer, die über den Rahmen des Gesetzes hinausgehen, ohne weiteres seine 50% übernimmt.

Leuenberger, Bern: Die Volksabstimmung sollte möglichst bald stattfinden, damit die Lehrerschaft noch in diesem Jahre in den Besitz der Zulagen kommt.

Regierungsrat *Lohner*: Es ist dies auch meine Meinung. Die Volksabstimmung soll so rasch als möglich stattfinden.

In der Schlussabstimmung wird das ganze Gesetz einstimmig (bei einer Enthaltung) angenommen.

revêt une importance capitale pour l'exécution de la loi. Que ceux qui sont effarouchés par les charges examinent l'article 8. Celui-ci permet aux communes plus faibles de supporter le fardeau des dépenses. Une enquête statistique indispensable est en voie d'élaboration. Tous ceux qui ont à présenter des rapports sur la loi, devront viser à mettre cet article tout particulièrement en évidence.

M. Jenny: L'article 8 facilite la tâche des communes; il a une importance considérable au point de vue de la politique référendaire.

M. Leuenberger (Berne): Je propose qu'on ajoute «au moins» fr. 250,000, puisque nous ne savons pas encore quel montant il faudra. Telle commune pourrait se trouver lésée dans ses intérêts. Ma proposition donne plus de jeu à la loi.

M. Seiler (Bönigen): Je combat la proposition Leuenberger. La commission a aussi traité l'article en question; mais nous sommes obligés, pour des raisons de politique de referendum, de nous abstenir d'en modifier la teneur. Il est dangereux de trop tendre l'arc.

M. König (Madiswil): Je propose que l'on accepte la proposition Leuenberger. La somme de fr. 250,000 est sans doute respectable; mais suffit-elle? Les communes ont de lourdes tâches à supporter pendant la guerre, et leurs recettes sont limitées; les voilà donc contraintes de hausser l'assiette de l'impôt. En 1908, il y avait, par exemple, dans le district de Signau deux communes dont le taux de l'impôt était supérieur à 5‰; aujourd'hui, elles sont au nombre de 8. Dans le district de Fraubrunnen, il n'y avait pas de commune en 1908 qui dépassât le 5‰; aujourd'hui, nous en trouvons 13; dans le district d'Aarwangen en 1908: 4, maintenant 14, etc. Il en est beaucoup qui exigent plus du 7‰! Il est de toute nécessité que l'Etat intervienne, afin que la capacité financière des communes ne soit pas diminuée.

M. Lohner, conseiller d'Etat: Je vous invite à écarter la proposition Leuenberger-König. Voilà l'article modifié pour la deuxième fois déjà; nous devrions en rester là. Un taux d'impôt de 7‰ accable tout spécialement les salariés à traitement fixe. Toutefois, l'assiette de l'impôt n'est pas l'unique pierre de touche de la capacité financière d'une commune. Fr. 250,000 sont une décharge amplement suffisante.

L'article 8 et les suivants sont acceptés selon la teneur du projet. A une question posée par M. le député Scheidegger, M. Lohner, conseiller d'Etat, répond que l'Etat prend sans autre à sa charge le 50% des augmentations de traitement des maîtres aux écoles moyennes outrepassant les limites fixées par la loi.

M. Leuenberger (Berne): La votation populaire devrait avoir lieu le plus tôt possible, afin que le corps enseignant pût entrer en possession des allocations cette année-ci même.

M. Lohner, conseiller d'Etat: C'est là aussi mon avis. Il faut que cette votation ait lieu dans le plus bref délai.

A la votation finale, toute la loi est acceptée à l'unanimité (avec une seule abstention).